



XXIV. GP.-NR  
4238 IAB  
22. März 2010

zu 4261 IJ

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

DR. MARIA FEKTER  
HERRENGASSE 7  
A-1014 WIEN  
POSTFACH 100  
TEL +43-1 53126-2352  
FAX +43-1 53126-2191  
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-KA1000/0134-II/BK/3.3/2010

Wien, am 10. März 2010

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Genossinnen und Genossen haben am 22. Jänner 2010 unter der Zahl 4261/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Überfälle und Einbrüche in Juweliere in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

Die Bundesländer Niederösterreich, Salzburg und Tirol fördern bei Kleinbetrieben den Einbau von Alarmanlagen.

**Zu den Fragen 2 und 3:**

Betriebsstättengenehmigungen fallen nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres. Im Rahmen der Kriminalprävention wurden diesbezügliche Initiativen gesetzt, die auch den zuständigen Ressorts bekannt sind.

**Zu Frage 4:**

Angezeigte Fälle	Jahr 2009
Burgenland	-
Kärnten	-
Niederösterreich	2
Oberösterreich	1
Salzburg	2
Steiermark	-
Tirol	-
Vorarlberg	-
Wien	17
Österreich Gesamt	22

Eisenstadt	-
Klagenfurt	-
St. Pölten	-
Linz	1
Salzburg-Stadt	2
Graz	-
Innsbruck	-
(BH) Bregenz	-
Wien	17

**Zu Frage 5:**

Ermittelte Tatverdächtige	Jahr 2009
Insgesamt	22
davon Inländer	-
davon Fremde	22

**Zu Frage 6:**

Waffenverwendung	Jahr 2009
Schusswaffe - geschossen	-
Schusswaffe - gedroht	3
Schusswaffe - mitgeführt	-
Stichwaffe	2
Hiebwaffe	2
unbekannt	6

**Zu Frage 7:**

Schaden*	Jahr 2009
Burgenland	€ -
Kärnten	€ -
Niederösterreich	€ 38.270,00
Oberösterreich	€ 160.809,00
Salzburg	€ 114.000,00
Steiermark	€ -
Tirol	€ -
Vorarlberg	€ -
Wien	€ 2.508.871,00
Österreich Gesamt	€ 2.821.950,00

\*Es handelt sich dabei um den verursachten Gesamtschaden, eine nähere Detaillierung wird statistisch nicht erfasst.

**Zu Frage 8:**

Opfer*	Jahr 2009
Burgenland	-
Kärnten	-
Niederösterreich	2

Oberösterreich	1
Salzburg	1
Steiermark	-
Tirol	-
Vorarlberg	-
Wien	29
Österreich Gesamt	33

\*Die ausgewiesenen Zahlen betreffen die Anzahl der Opfer, eine nähere Detaillierung wird statistisch nicht erfasst.

#### Zu Frage 9:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

#### Zu Frage 10:

Aufklärungsquoten	Jahr 2009
Burgenland	---
Kärnten	---
Niederösterreich	50,0%
Oberösterreich	0,0%
Salzburg	100,0%
Steiermark	---
Tirol	---
Vorarlberg	---
Wien	41,2%
Österreich Gesamt	45,5%

#### Zu Frage 11:

Frage 11 - Ermittelte Tatverdächtige*	Jahr 2009
Burgenland	-
Kärnten	-
Niederösterreich	1
Oberösterreich	-
Salzburg	2
Steiermark	-
Tirol	-
Vorarlberg	-
Wien	19
Österreich Gesamt	22

\*Es handelt sich dabei um die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen, die auch bei der Staatsanwaltschaft angezeigt wurden (siehe auch Frage 5). Eine darüber hinausgehende Beantwortung fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

#### Zu Frage 12:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

**Zu den Fragen 13 bis 19:**

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

**Zu Frage 20:**

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

**Zu Frage 21:**

Von der Kriminalprävention wurden im Kalenderjahr 2009 österreichweit in Gewerbebetrieben (inklusive Juweliere) insgesamt 3.417 Beratungen durchgeführt.

**Zu Frage 22:**

Die Präventionstätigkeit in den Ländern wurde in den letzten Jahren laufend erhöht, sowohl was den Personaleinsatz, die Ausbildung als auch die Tätigkeiten vor Ort sowie die medialen Kampagnen betrifft. Im Jahre 2005 wurde das Projekt „Wohnbauförderung – Sicheres Wohnen“ initiiert, das auch den Bereich der Sicherung von Kleinunternehmen im Fokus hat. In allen Bundesländern, außer Kärnten und Vorarlberg, wurden seitdem Förderungen für „Sicheres Wohnen“ und Förderungen für den Einbau von Sicherungsmaßnahmen von Kleinunternehmen eingerichtet.

Derzeit wird zusätzlich in Kooperation mit der Wirtschaftskammer der diesbezügliche zusätzliche Bedarf an Maßnahmen geprüft. Generell wird aber nach wie vor die an die jeweiligen individuellen Gegebenheiten angepasste spezifische Beratung gesetzt.

